

Meine Antwort an den Seniorenbeirat vom 27. Mai 2024

Vielen Dank für Ihren erneuten Brief wegen der Forderung eines Inflationsausgleiches von bis zu 3.000 Euro für alle Rentnerinnen Rentner analog zu den Pensionären 2023. Sie hatten mich ja bereits am 11. Oktober letzten Jahres wegen dieser Forderung der Seniorenbeiräte in Ostholstein angeschrieben, und ich hatte Ihnen direkt am 8. November 2023 ausführlich geantwortet, warum ich Ihre Forderung zwar einerseits sehr gut nachvollziehen, aber Ihnen dennoch keinerlei Hoffnung machen kann, dass diese Forderung politisch erfüllbar ist, da sie bis zu 63 Mrd. Euro kosten würde, was mir in der aktuellen Haushaltslage des Bundes unerfüllbar zu sein scheint.

Seitdem hat sich die finanzielle Lage durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 15. November 2023 noch einmal dramatisch verschärft, und wir haben erst seit Anfang Februar 2024 – und damit zwei Monate später als geplant – einen verfassungskonformen Bundeshaushalt für 2024, bei dem bereits spürbar in allen Ministerien der Rotstift angesetzt werden musste. Aktuell versucht das Bundeskabinett bis zum 3. Juli einen Bundeshaushalt für 2025 als Entwurf für den Bundestag zu beschließen, der nach dem Willen unseres FDP-Finanzministers Christian Lindner – trotz aller internationaler Krisen und den Herausforderungen enormer Investitionen im Kampf gegen den Klimawandel und in unsere energieintensiven Betriebe zur Sicherung der Arbeitsplätze - die Schuldenbremse einhalten soll. Aktuell klafft eine Lücke in diesem Haushalt für 2025 von mindestens 25 Milliarden Euro, wobei mir aktuell jede Phantasie fehlt, wie diese „Lücke“ ohne z.B. Steuererhöhungen für Super-Reiche (was die FDP ablehnt) geschlossen werden soll.

Sie haben in den letzten Wochen in den Medien und Zeitungen sicherlich verfolgen können, dass die FDP und die CDU/CSU angesichts dieser Haushaltsprobleme „im Chor“ fordern, den Rotstift ausgerechnet bei den Renten und den Sozialausgaben – also nicht nur bei der Bundesagentur für Arbeit, sondern auch bei Gesundheit und Pflege – anzusetzen, was wir Sozialdemokraten selbstverständlich strikt ablehnen. Es ist auch vollkommen unrealistisch, mit Kürzungen im Sozialbereich 25 Mrd. Euro „einzusparen“, wenn man die gesetzlichen Ansprüche der Familien und Rentnerinnen und Rentner respektieren und umsetzen will. Die SPD wird diesen Forderungen der FDP und der CDU/CSU NICHT nachgeben und – im Gegenteil – noch VOR der Sommerpause (wie im Bundeskabinett bereits vor vielen Wochen geeint!) das 2. Gesetzpaket von Sozialminister Hubertus Heil zur Rentensicherung im Bundestag beschließen. Aber für Ihre Forderung zum Inflationsausgleich von bis zu 3.000 Euro für alle 21 Millionen Rentnerinnen und Rentner in unserem Land kann ich Ihnen heute leider keinerlei Hoffnung auf die Erfüllung machen und lege – um mich in den

Argumenten nicht zu wiederholen - meinem letzten Brief an Sie und den Seniorenbeirat vom 8. November letzten Jahres nochmals als Anlage diesem heutigen Brief bei.

Wie ich in einem Artikel der Lübecker Nachrichten vom 15. Mai unter der Überschrift „Inflationsausgleich für Rentner: Lübecker Seniorenbeirat kassiert Absage!“ lesen konnte, haben sich auch meine Lübecker Bundestagskollegen Tim Klüssendorf (SPD, Finanzausschuss) und Bruno Hönel (GRÜNE, Haushaltsausschuss) auf einer Veranstaltung auf Einladung von Götz Gebert als Vorsitzendem des dortigen Seniorenbeirates auch genauso klar und ehrlich geäußert und gemeinsam dargestellt, dass in der aktuellen Haushalts- und Finanzlage mit unserem Koalitionspartner von der FDP eine solche Forderung absolut unerfüllbar ist. Natürlich habe ich auch intensiv verfolgt, dass Ihre Forderung nach dem Inflationsausgleich vom Oktober 2023 inzwischen massiv von den Gewerkschaften des DGB und dem Sozialverband SoVD unterstützt und mit einer starken Petition vorangetrieben wird, und ich schätze es SEHR, wie es Ihnen gelungen ist, dieses kraftvolle Bündnis zu „schmieden“ und damit die Öffentlichkeit für die Situation der Rentnerinnen und Rentner in unserem Land zu Recht zu sensibilisieren. Da diese Petition des SoVD Schleswig-Holstein noch bis zum 31. Mai auch in Hamburg und Niedersachsen unterzeichnet werden kann, vermute ich, dass es Ihnen gemeinsam gelingen wird, dass der Petitionsausschuss des Bundestages sich ausführlich und öffentlich mit dem Inflationsausgleich für Rentnerinnen und Rentner beschäftigen wird, womit Sie in jedem Fall für dieses Thema eine enorme öffentliche Resonanz erhalten werden.

Ihre Einladung an mich, zum 2. „Spaziergang“ am 31. Mai um 15 Uhr nach Stockelsdorf zu kommen, kann ich heute noch nicht zu 100 Prozent zusagen, da ich an dem Tag per Zug aus Niedersachsen nach Ostholstein kommen werde, aber ich werde es versuchen, um mit Ihnen und den Teilnehmenden direkt zu sprechen – eine Rede möchte ich allerdings nicht unbedingt halten. Viel lieber käme ich schon bald zu Ihrem Seniorenfrühstück nach Stockelsdorf, weil wir dann viel mehr Zeit hätten, um ausführlich über die Rente und ihre Sicherung sowie über die Situation der Rentnerinnen und Rentner zu diskutieren und ich würde dann gerne alle Fragen ausführlich beantworten. Was halten Sie davon? Hätten Sie eventuell einen Terminvorschlag für mich?

Mir ist bewusst, dass es Ihnen und den Seniorenbeiräten nicht genügt auf die starken Rentensteigerungen gerade der letzten drei Jahre hinzuweisen, aber ich muss es dennoch tun, denn ein Blick zurück zeigt, dass die Standardrenten von 2010 bis 2022 im Westen um über 32 Prozent (und im Osten um über 47 Prozent) gestiegen sind, was gegenüber der Inflationsentwicklung in diesem Zeitraum ein deutliches Plus für

die Rentnerinnen und Rentner darstellte. Im letzten Jahr stiegen die gesetzlichen Renten im Westen um 4,39 Prozent (und im Osten um 5,86 Prozent), wodurch wir die Rentenangleichung in Ost und West endlich – 33 Jahre NACH der Deutschen Einheit (!) – und ein Jahr früher als geplant erreichen konnten. Auch in diesem Jahr werden die Renten zum 1. Juli 2024 um 4,57 Prozent steigen – im dritten Jahr in Folge ein deutlicher Zuwachs.

Ich erinnere Sie daran, dass wir Ende 2022 eine einmalige 300-Euro-Zahlung an ALLE Rentnerinnen und Rentner wegen der höheren Lebenshaltungskosten als Folge des russischen Angriffskrieges ausgezahlt und die Energiekosten massiv für alle Haushalte erfolgreich „gedeckelt“ haben. Vergessen wir nicht: damals lag die Inflationsrate bei fast 10 Prozent, aktuell liegt sie glücklicherweise wieder bei ca. 2,2 Prozent! Leider ist es wahr, dass es gerade bei uns in Schleswig-Holstein viele Rentnerinnen und Rentner gibt, die aufgrund durchschnittlich niedrigerer Löhne im Arbeitsleben auch eine niedrige Rente beziehen. Für diese Menschen haben wir Sozialdemokraten mit Hubertus Heil (und gegen den Widerstand der CDU/CSU) noch kurz vor der Bundestagswahl 2021 die Grundrente durchgesetzt. Wer mindestens 33 Jahre gearbeitet und eingezahlt, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, bekommt einen spürbaren Aufschlag zur bisherigen Rente, wovon seitdem ca. 1,3 Mio. Rentnerinnen und Rentner – davon rund 70 Prozent Frauen – Monat für Monat profitieren. Ein Beispiel: eine Floristin, die 40 Jahre lang für weniger als die Hälfte des Durchschnittslohns gearbeitet hat, erhielt bis 2021 eine Rente: von 547 Euro. Mit der Grundrente erhält sie jetzt 966 Euro, also 419 Euro monatlich zusätzlich! Auch die Erwerbsminderungsrenten haben wir schon mit der CDU/CSU auf unseren Druck hin schrittweise enorm verbessert – aber diese Anhebungen galten bisher immer nur für diejenigen, die neu eine Erwerbsminderungsrente beantragen (müssen). Jetzt haben wir am 25. April 2024 endlich beschlossen, dass auch die Menschen, die schon längst Erwerbsminderungsrente beziehen (Fachbegriff: Erwerbsminderungsrentenempfänger im Bestand) einen pauschalen Zuschlag von bis zu 7,5 Prozent auf Dauer extra erhalten. Rund drei Millionen Renten steigen dadurch spürbar!

Mir ist auch bewusst, dass aufgrund der besonders niedrigen Durchschnittslöhne in Schleswig-Holstein auch die Renten bei uns im Norden besonders niedrig sind – viele Rentnerinnen und Rentner sind deshalb entweder auf die Grundsicherung angewiesen oder beziehen Wohngeld, weil sie ohne diese Hilfe sonst nicht von ihrer Rente leben können: 46 Prozent aller Wohngeldbezieherinnen und -bezieher sind Rentner! Darum profitieren auch ganz besonders die Rentnerinnen und Rentner davon, dass wir im Bundestag zum 1. Januar 2023 die Wohngeld-Plus-Reform beschlossen haben, womit der Kreis der Anspruchsberechtigten auf Wohngeld gesetzlich neu geregelt und

dadurch verdreifacht (!) wurde. Wir haben zusätzlich das Wohngeld um eine dauerhafte Klima- und Heizkostenkomponente ergänzt, um die steigenden Energiepreise abzufedern. Das Wohngeld steigt mit der Klima- und Heizkostenkomponente im Schnitt von 180 auf 370 Euro und kann - anstatt bis Ende 2022 von nur ca.600.000 Haushalten - seit der Reform von ca. zwei Millionen Haushalten erfolgreich beantragt werden, wovon viele Rentnerinnen und Rentner profitieren können. Trotz all dieser sozialpolitischen Erfolge ist die wirtschaftliche Lage für viele Rentnerinnen und Rentner ausgesprochen schwierig, weswegen ich es besonders perfide finde, dass sowohl die FDP wie auch die CDU/CSU seit Wochen in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, als sei unser Sozialstaat künstlich „aufgebläht“ und unser Rentensystem angeblich gefährdet, womit sie einen Kahlschlag zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger begründen wollen. Aber diese Analyse ist falsch – mit dem 2. Rentenpaket, das der Bundestag noch vor der Sommerpause beschließen wird, werden einerseits das Rentenniveau und andererseits auch die Beitragssätze bis 2039 nachhaltig gesichert! Wenn wir dieses Gesetz jetzt NICHT beschließen würden, dann würde das Rentenniveau ab 2028 bis 2045 auf nur noch 44,9 Prozent sinken! Konkret: bis 2039 wird das Rentenniveau von 48 Prozent im Vergleich zum Durchschnittseinkommen bestehen bleiben. Dadurch fällt eine Rente im Jahr 2040 von beispielsweise 1.500 Euro um nahezu 100 Euro höher aus als unter der aktuellen Rechtslage eines künftigen sinkenden Niveaus - das sind gut 6 Prozent mehr Rente. In eine kapitalgedeckte Altersvorsorge zahlen wir schon 2024 12 Mrd. Euro ein (und künftig jedes Jahr Milliardenbeträge) und reduzieren ab 2035 durch die Erträge daraus den Anstieg der Beiträge. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat es auf den Punkt gebracht: *„Der Sozialstaat in Deutschland ist keine Last, sondern eine Stärke dieses Landes, auf die wir setzen.“* Dieses Versprechen haben wir eingehalten!

Was uns bei der Stabilisierung unseres Rentensystems am meisten hilft, das sind möglichst viele Beitragszahler in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, das sind gerechte Löhne und eine hohe Tarifbindung. Darum ist es so wichtig, dass wir 2024 die höchste Zahl an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen seit Bestehen der Republik haben und es wäre besonders gut, wenn es uns noch besser gelänge, die fehlenden Fachkräfte anzuwerben und einzustellen. Und wahr ist auch, dass die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro 2016 im darauffolgenden Sommer zur kräftigen Rentenerhöhung beitrug und ebenso die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro 2022. Inzwischen wurde allerdings in Brüssel die Mindestlohnrichtlinie der EU beschlossen, die künftig auch in Deutschland Richtschnur sein muss. Danach soll ein angemessener Mindestlohn mindestens 60 Prozent des Medianlohns in dem jeweiligen EU-Land betragen, was für Deutschland einen Mindestlohn von aktuell 14 Euro bedeuten würde – schrittweise auf 15 Euro ansteigend. Genau DAS hat Bundeskanzler Olaf Scholz am 15. Mai in einem Interview

gesagt und dafür erbitterten Protest aus FDP und CDU/CSU „geerntet“ ... allerdings ist auch die deutsche Mindestlohnkommission an diese EU-Richtlinie gebunden. Fakt ist: Hohe Löhne und eine hohe Beschäftigung sichern am Ende maßgeblich die Stabilität der Rente!

Dagegen hat die CDU mit Friedrich Merz erst vor wenigen Wochen in ihrem Grundsatzprogramm zur Rente beschlossen: „Wenn wir unsere Rente stabil und finanzierbar halten wollen, spricht viel dafür, dass die Lebensarbeitszeit für diejenigen, die arbeiten können, steigen muss, und folglich die Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung gekoppelt wird.“ (S.58). Kurz gesagt: Aktuelle und zukünftige Arbeitnehmer müssten vermutlich bis 70 und noch länger arbeiten – das kommt einer absoluten Rentenkürzung gleich und wir Sozialdemokraten werden dem DEFINITV NICHT zustimmen! Leider möchte auch die FDP als unser Koalitionspartner die Axt beim Sozialstaat ansetzen, wie sie kürzlich mit einem „Fünf-Punkte-Plan für eine generationengerechte Haushaltspolitik“ beschlossen hat.